

Bericht über die 13. Club FORUM Konferenz in Chemnitz
6.-10. November 2002

Nach der Geschäftigkeit auf den 2 Fernbahnsteigen in Berlin Zoo mit vielen Tausend Reisenden, die alle paar Minuten in die Züge steigen, empfing den Großteil der anreisenden Teilnehmer der 13. Club Forum Konferenz die Stadt Chemnitz mit einem riesigen, nahezu menschenleeren Bahnhof. Von dort waren es nur wenige Schritte zum perfekt gewählten Tagungshotel Europa mitten im Stadtzentrum mit Blick auf das Opernhaus, das, wie wir einige Tage später auf der Stadtführung in Erfahrung bringen sollten, dafür sorgte, das Chemnitz auch das sächsische Bayreuth genannt wird. Vom Hotel wiederum, zu DDR-Zeiten beziehungsreich Hotel Moskau genannt, waren es nur einige Schritte zum benachbarten, den alten Namen beibehalten habenden Café Moskau, in dem ein fröhliches Beisammensein stattfand.

Die Entwicklung der Stadt Chemnitz nach der Wiedervereinigung
Dr. Peter Seifert, Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz

Den inhaltlichen Auftakt der Club Forum Konferenz am nächsten Tag bildete ein Treffen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz, Herrn Dr. Peter Seifert, im historischen Rathaus der Stadt. Dr. Seifert berichtete über die Entwicklung der Stadt Chemnitz nach der Wiedervereinigung und stellte in den Mittelpunkt seines Vortrags die Frage nach Realität und Vorurteil im Image von Chemnitz früher wie heute. Um die heutige Situation der Stadt richtig einschätzen zu können war ein kleiner historischer Abriss der Stadtgeschichte hilfreich.

Die Wurzeln der Stadt gehen auf eine Benediktinerklostergründung im Jahre 1136 zurück, 1357 wurde Chemnitz eine Landesbleiche zugesprochen, was den Grundstein für die Industrialisierung von Stadt und Region legte. Um 1800 wurden die ersten Betriebe zur Textilverarbeitung aufgebaut, bald folgten die Industriebereiche Fahrzeug- und Werkzeugbau. Die industrielle Blütezeit zu Anfang des 20. Jh. gab der Stadt den Beinamen „sächsisches Manchester“ (aus dieser Zeit stammt auch

noch ein großer Teil der historischen Gebäude, wie das Rathaus von 1911), im Bereich Fahrzeugbau war mit der Gründung der Autounion Horch (später Audi) 1932 ein Höhepunkt erreicht.

Im Verlaufe der 30er Jahre des 20. Jh. spielte die Rüstungsproduktion eine immer zentralere Rolle in der heimischen Industrie. Im Winter 1944/45 war der bis dahin höchste Ausstoß von Rüstungsproduktion, was dann am 6.3.1945 zu einer völligen Zerstörung der Stadt Chemnitz durch Bombenangriffe führte. Durch die Lage der Betriebe im historischen Zentrum der Stadt war dort die Zerstörung am größten, was das „Gesicht“ Chemnitz´ praktisch auslöschte.

Während der sowjetischen Besatzung wurden große Teile der Industrieanlagen demontiert, die Stadt wurde ab 1950 nicht mehr im Sinne der Stadtstrukturen wieder aufgebaut, sondern nach sozialistischem Vorbild neu gestaltet. Der sozialistische Neuaufbau der Stadt wurde manifestiert in der Umbenennung der Stadt Chemnitz in „Karl-Marx-Stadt“. Nicht, dass etwa Karl Marx sich hier je aufgehalten hätte, aber der Industriestandort eignete sich als Sinnbild einer sozialistischen Arbeiterstadt. Zu Zeiten der DDR gab es in der Stadt 100.000 Industriearbeitsplätze, 20 % der Industrieproduktion der DDR stammte aus Karl-Marx-Stadt, wobei 90 % der damaligen Industrieproduktion direkt in die UdSSR ausgeführt wurde. Eine Öffnung zum Weltmarkt war daher niemals nötig, was sich nach der Wende als größtes Problem darstellen sollte.

Nach der Wende 1989/90 war eine tiefgreifende Umstrukturierung und Privatisierung der Industrie nötig, 1096 Unternehmen wurden in den ersten Jahren von der Treuhand privatisiert. Dass dies mit unterschiedlichem Erfolg geschah, zeigt der Umstand, dass lediglich 15.000 Industriearbeitsplätze erhalten werden konnten. Jedoch konnten alle Kernkompetenzen am Standort Chemnitz erhalten werden:

- Der Werkzeugmaschinenbau, vor allem in Gestalt der Firma „Union“. Kleinere Betriebe konnten zum Teil durch die Gründung von 100 %igen Mitarbeitergesellschaften erhalten bleiben und machen jetzt wieder Gewinne.
- Der Fahrzeugbau; Die Volkswagen AG schuf hier 7000 Arbeitsplätze, mit Zulieferern sind es in Chemnitz sogar 36.000 Arbeitsplätze im Fahrzeugbau.
- Die Rechentechne dient als Ausgangspunkt für eine florierende Softwareindustrie. Auch die Firma Siemens kam zurück nach Chemnitz.

Seit 1995/96 liegen die jährlichen Wachstumsraten im produzierenden Gewerbe bei 20-30 %. Das Gleiche gilt für den Export mit Daten um die 35 %. Damit ist Chemnitz ein Zugpferd für die Wirtschaft in Sachsen. Trotz einer leichten Stagnation in den Jahren 2000/01 weist Chemnitz die höchste Arbeitsplatzdichte in Ostdeutschland auf und verfügt mit Dresden über das höchste Patentaufkommen.

Als Gründe für dieses hohe Entwicklungspotenzial nennt Dr. Seifert die Universität mit ihren 10.000 (vielfach auch ausländischen) Studenten und einem sehr guten Ruf, sowie eine Anzahl weiterer Institute und einem Technologiezentrum, die sowohl Forschung für die Unternehmen leisten als auch Nachwuchs für die Betriebe liefern.

Trotz dieser „Erfolgsstory“ bleibt der Unterschied zu Westdeutschland aber weiterhin groß:

- Bei den Unternehmen in Chemnitz handelt sich fast nur um kleine und mittlere Unternehmen
- Unternehmenszentralen werden weiterhin im Westen angesiedelt und viele Aufträge kommen im Osten gar nicht erst an. Selbst die 100 umsatzstärksten Betriebe Ostdeutschlands (wovon 10 in Chemnitz beheimatet sind) haben nicht einmal zusammen den Jahresumsatz eines Konzerns wie z.B. Bayer in Leverkusen.
- Die Bauindustrie ist nach der Auftragsflut nach der Wende heute praktisch zum Erliegen gekommen.
- Das Haushaltsdefizit ist immens, auch durch Steuereintrübe im Zuge der Steuerreform.
- Die Arbeitslosenquote liegt bei 16 %, bei gleichzeitigem Mangel an Fachkräften.

Notwendig seien, nach Worten des Oberbürgermeisters, Investitionen in die Infrastruktur, die Förderung von Forschung und Entwicklung, sowie der Abbau von überflüssigen Subventionen um die Stadt und die Region wirtschaftlich zu stabilisieren.

Ein weiterer Punkt seiner Ausführungen betraf die Infrastruktur und die Stadtentwicklung. Der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur stellt eine gewaltige Aufgabe für die Region dar: Bis 2012 muss beispielsweise jede Brücke restauriert werden, die Industrieanlagen waren in einem desolaten baulichen und ökologischen Zustand, es gab zur Wende bereits einen Leerstand von 20.000 Wohnungen. Die Wohnungsbaugesellschaften haben inzwischen 2,5 Milliarden DM in die Sanierung und den Abriss von Wohnungen investiert. Der dramatische Bevölkerungsrückgang durch eine rückläufige Geburtenrate und Abwanderung führten zu dem Phänomen der „Schrumpfenden Stadt“, die ganz neue städtebauliche Herausforderungen stellt. Ein Ziel ist der staatlich geförderte Abriss von 20.000 Wohnungen.

Auch der Neuaufbau der Innenstadt stellt die Stadt vor große Herausforderungen. Zu Zeiten der DDR gab es praktisch keine florierende Innenstadt. Und der nach der Wende rasant einsetzende Aufbau von Shopping Centern auf der grünen Wiese machte den Einzelhandel im Zentrum völlig zunichte. Auch das Problem der Rückübertragungsrechte (Stichwort: „Rückgabe vor Entschädigung“) behinderte den Aufbau einer City. Mit dem Bau eines gläsernen Kaufhauses, einer großen Arkadenzeile und anderer ambitionierter Gebäude im Herzen der Stadt durch so renommierte Architekten wie Jahn, De Mateo und Benig, wurde bereits ein mutiger Schritt zur Wiederbelebung des Stadtzentrums getan. Jedoch liegt hier noch viel im Argen während die Shopping Malls vor den Toren der Stadt wachsen.

Viel Wert wird in Chemnitz dennoch auf Kunst und Kultur gelegt. Die bekannte Kunstsammlung, renommierte Ausstellungen (aktuell: „Picasso und die Frauen“, s. unten), eine Philharmonie mit eigenem Orchester sowie die Oper, die Chemnitz den Beinamen „sächsisches Bayreuth“ einbrachte, sollen

auch weiterhin gefördert werden und Chemnitz von dem Ruf einer reinen Industriestadt befreien.

Im nächsten Jahr soll eine neue Messehalle den Messestandort Chemnitz attraktiver machen.

Ein Problem beim Ausbau der Stadt ist noch immer die Verkehrsanbindung, Ziel soll aber nicht ein eigener Flughafen sein, sondern eine Verbindung zum Flughafen Leipzig in 45 Minuten. Auch die EU Osterweiterung kann hier mit der Nähe zu Prag einen positiven Beitrag zur Anbindung Chemnitz' leisten.

Abschließend kam Herr Dr. Seifert noch einmal zu seiner Ursprungsfrage zurück: „Wie ist das Image von Chemnitz zu bewerten?“. Die Antwort liegt in der Vergangenheit: Vorurteil und Realität haben zu allen Zeiten weit auseinandergeklafft und die Zukunft der Stadt kann durchaus positiv gesehen werden.

Nach diesem sehr lebendigen und interessanten Vortrag wurde die Gruppe im Rathaus vom Türmer des Rathauses abgeholt, einem der wenigen seiner Zunft in Deutschland. Nachdem er uns in historischer Kleidung eindrucksvoll eine Probe seines Könnens durch das Ausrufen der Mittagsstunde gegeben hatte, führte er uns auf den Turm hinauf, der einen schönen Blick über Chemnitz und Umgebung bis hin zum Erzgebirge gab.

Anschließend wurden wir zum Mittagessen in den benachbarten historischen Ratskeller geführt - leider konnten wir nicht den Geheimgang benutzen, der es in früheren Zeiten den Stadtverordneten erlaubte, während der Arbeitszeit ungestört auf ein oder zwei Bierchen im Ratskeller einzukehren.

Transformation der Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland

Peter Naujokat, Geschäftsführer der Grundstücks- und Gebäudewirtschaftsgesellschaft mbH, Chemnitz

Nach der "Einführung" durch den Vortrag des Oberbürgermeisters, in der schon auf die stark gesunkene und weiter sinkende Bevölkerungszahl hingewiesen wurde, ging es zur praktischen Anschauung per Taxi zur Grundstücks- und Gebäudewirtschaftsgesellschaft mbH, Chemnitz (GGG). Dass es sich nicht

einfach um eine beliebige Wohnungsgesellschaft sondern um "die" maßgebliche Chemnitzer Verwaltung fast des gesamten vormals staatlichen Wohnungsbestandes handelt, erläuterte uns der Referent Peter Naujokat, Geschäftsführer der GGG. Selbst aus dem Westen (was sich mitunter sprachlich ausgrenzend bemerkbar machte, z. B. mit Floskeln wie "wir" und "unser System" für die "Westseite" einerseits und "die" für die "Ostseite" andererseits, aber auch mit der Frage: "wer von Ihnen ist aus der "Sowjetunion?") stellte der Referent lebendig und sehr fundiert die Probleme des Wohnungsmarktes dar.

Zunächst gab er einen Rückblick auf die DDR. Das Wohnungssystem war geprägt vom System fester Mietpreise und fester Zins- und Wechselkurse bei einer Dominanz staatlicher Wohnungsunternehmen. Praktisch wurde Wohnraum "für die Statistik" zwar produziert, dann aber nicht weiter im notwendigen Maße instand gehalten. Die Wohnungswirtschaft wurde vor allem über Spareinlagen der DDR-Bürger und Wohnungsbaukredite finanziert. Die Gesamteinnahmen der Wohnungsunternehmen lagen bei 2,6 Milliarden Mark der DDR bei Ausgaben in Höhe von insgesamt 8 Milliarden Mark der DDR (3,8 Milliarden Mark Zinsen und Tilgung sowie 4,2 Milliarden Mark Betriebskosten).

Mit der Wende kam der Einigungsvertrag, mit dem das Wohnungsvermögen auf die Kommunen übertragen wurde. Dabei war hilfreich, dass auch bereits bei der Überführung von Grundstücken in das Volkseigentum zu DDR-Zeiten durchweg ein gut geführtes Grundbuch existierte. Die Kommunen gründeten meist als Töchter privatrechtlich organisierte Wohnungsunternehmen wie beispielsweise in Chemnitz die GGG als GmbH.

Zunächst war die Wohnungswirtschaft, insbesondere Investitionen etc., durch den - so Naujokat - Kardinalfehler "Rückgabe vor Entschädigung" auf Jahre hinaus blockiert. Hinzu kamen gewaltige Einnahmen-/Ausgabenprobleme, die aus den niedrigen DDR-Mieten einerseits und dem Instandhaltungsrückstau andererseits resultierten. Zur Größenordnung: In Chemnitz gab es nach der Vereinigung bei einer Bevölkerung von 294.000 Einwohnern rund 150.000 Wohnungen.

Durch hohe Zinsen und niedrige Mieten konnte kaum der Kapitaldienst bedient werden. Diese Problematik wurde vom Gesetzgeber mit dem Mietenüberleitungsgesetz erkannt und geregelt. Dort wurden die niedrigen DDR-Mieten langsam Kraft Gesetzes schrittweise angehoben. Trotzdem gab es einen gewaltigen Kreditrückstand, beispielsweise 1993 in Höhe von 51 Milliarden DM. Zu dieser Problematik wurde dann das Altschuldenhilfegesetz geschaffen. Dort wurde den Unternehmen - auf freiwilliger Basis unter bestimmten Bedingungen - angeboten, alle Wohnflächen pauschal mit 150,00 DM/qm zu belasten bei Übernahme der Restschulden durch den Bund. Die Finanzierung ist nicht mehr über die Kreditanstalt für Wiederaufbau sondern auf private Banken verlagert worden, die damals noch gerne Kredite gaben. Ferner war als Auflage für die Entschuldung der Verkauf von 15 % der Wohnungen bis 2003 vorgesehen, also eine Umwandlung eines Teiles der Häuser in Wohnungseigentumsanlagen, so dass die Wohnungen einzeln verkauft werden können.

Die Privatisierung war praktisch jedoch kaum durchführbar. Es fehlte das Interesse am Kauf. Herr Naujokat begründete dies mit der Arbeitsmarktlage, also einer unsicheren Zukunft und damit, dass die ehemaligen DDR-Bürger wenig Erfahrung mit Schulden hatten und keine Schulden, die zum Kauf der Wohnungen nötig gewesen wären, machen wollten. In der Praxis etablierte sich dann ein System der Zwischenerwerber, so dass etwas Kapital durch teilweisen Verkauf erwirtschaftet werden konnte. Gleichwohl wurde das Altschuldenhilfegesetz 1999 gekappt, weil es nicht richtig funktionierte.

Ein weiteres Problem für die Wohnungswirtschaft in der ehemaligen DDR ist die erhebliche Abwanderung. Diese im Zusammenhang mit einem durch hohe Abschreibungsmöglichkeiten stark geförderten Wohnungsbau führte zu einem riesigen Überangebot an Wohnraum. Dies führt dazu, dass insbesondere bei den Plattenbauten zur Herstellung des Marktes ein Abriss im größerem Stil unumgänglich ist. Hierzu entschuldete der Bund abreißende Wohnungsunternehmen in bestimmtem Umfang. Welche Häuser abgerissen werden, wird vor allem nach städtebaulichen Konzepten entschieden. Herr Naujokat

schilderte einzelne Probleme beim Abriss, die er durch das eher mieterfreundliche Mietrecht gefördert sieht. So gibt es beispielsweise dann, wenn nur ein einziger Mieter eines großen Plattenbaus nicht freiwillig räumt, keine Möglichkeit zur Kündigung und mithin keinen Abriß des Hauses. Herr Naujokat hätte sich hier eine gesetzliche Kündigungsregelung gewünscht.

Abgerundet wurde der Vortrag durch den Besuch einer Wohnung im Rosenhof, einer im Stadtzentrum gelegenen Plattenbausiedlung. Dort besichtigten wir eine renovierte, ca. 70 qm große Wohnung. Die meisten Teilnehmer konnten nur über die Wohnungsmarktlage und die günstigen Mietpreise staunen. Bestens gelegene Wohnungen gibt es bereits für 8,00 DM/qm, sofort beziehbar. In Chemnitz wird selbst die Maklercourtage von Vermieterseite gezahlt, und überall sind Schilder "zu vermieten" etc. zu sehen. Dies bestätigte die Aussage des Oberbürgermeisters, der seine beiden Söhne als Beispiel anführte, von denen einer in München und einer in Chemnitz lebt. Der in München lebende würde doppelt soviel verdienen, hätte jedoch, so der Oberbürgermeister, unter anderem auf Grund der Mieten und Lebenshaltungskosten im Ergebnis nicht mehr Geld in der Tasche als der in Chemnitz lebende Sohn. Insofern mag die derzeitige Wohnungsmarktlage zwar der Wohnungseigentümer Leid sein, sie ist jedoch der Mieter Freud' und sicherlich ein Standortvorteil bei der Anwerbung von Unternehmen.

Die Entwicklung des Erdöl- und Erdgasgeschäfts als Stütze im russischen Wirtschaftstransformationsprozess *Waldemar Lind, Südchemie AG*

Zu einem ganz anderen Thema führte uns anschließend das Referat unseres Mitgliedes Waldemar Lind, der bisher für die Firma Südchemie in Moskau tätig war und jetzt von München aus weiterhin den Markt in Russland und der GUS betreut.

Die Firma Südchemie vertreibt Katalysatoren für Raffinerien und petrochemische Betriebe unter anderem in Russland und weiteren Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die Bedeutung des Themas Erdöl und Erdgas in Russland wird aus der Einleitung des Vortrages und einigen Zahlen deutlich:

Erdöl und Erdgas sind die wichtigsten Exportgüter Russlands. Im Jahre 2002 hatte die Branche Zuwächse von 8,7 %. Bis zu 40 % der staatlichen Einnahmen kommen aus dem Erdölgeschäft. Russland verfügt über 1/10 aller bekannten Erdölvorräte und 1/3 aller bekannten Erdgasreserven weltweit. 50 % des russischen Energieverbrauchs wird durch Erdgas gedeckt.

Die größten Probleme liegen allerdings in den Transportleitungen und den Kapazitäten. Ein weiteres Problem: Der Status des Kaspischen Meeres als Meer oder See ist noch nicht abschließend entschieden, was weitreichende Folgen im Sinne des Seerechts hätte.

Den höheren Preis des russischen Erdöls gegenüber dem aus dem arabischen Raum kann man nachvollziehen, wenn man sich die immensen Transportprobleme, die schwierigen Arbeitsbedingungen aufgrund der Witterung und den schlechten Zustand der Leitungen vor Augen führt. Das staatliche Pipeline System „Transneft“ fordert 19,2 US Dollar pro Tonne auf einer Strecke von 3000 km.

Waldemar Lind bezog sich in seinem Vortrag vor allem auf die zwei „Riesen“ unter den Erdölgesellschaften „Yukos“ und „Lukoil“, ohne dabei zu verschweigen, dass auch unter den kleinen Gesellschaften einige modern arbeitende und relativ gut ausgestattete Unternehmen sind. Am Beispiel von „Lukoil“ wird deutlich, wie die Firmen arbeiten, um -scheinbar- maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Das Unternehmen kauft sich in diverse Raffinerien ein, investiert verstärkt in die Erdölförderung jedoch wird die Erdölverarbeitung hierbei vernachlässigt. Dadurch ist der Rohstoff nicht ausreichend veredelt und entspricht vielfach nicht den europäischen Standards. Beispielsweise ist der Schwefelgehalt des Erdöls viel zu hoch und das Öl kann dadurch nicht nach Europa importiert werden. Die Ausrüstung, hier vor allem die Raffinerien, sind veraltet und Investitionen in diesem Bereich unterbleiben.

Für ein Weiterleben der Produkte und einen höheren Gewinn ist eine Modernisierung im Bereich der Produktveredelung sowie eine Lösung der Transportprobleme erforderlich.

Das Gleiche gilt auch für den Erdgas Markt. Durch den signifikanten Preisunterschied zwischen Inlands- und Auslandsmarkt werden zudem Quoten für inländische Unternehmen erhoben. Das Unternehmen „Gazprom“ hat beispielsweise zu viele Schuldner im eigenen Land als dass sich der Ausbau der Versorgungswege lohnen würde. Auch hier wäre mit einer Veredelung des Produkts ein wesentlich besseres Ergebnis zu erzielen als mit der reinen Rohstofflieferung.

Abschließend wurde noch einmal festgestellt, dass Erdöl und Erdgas die Wirtschaft und das Wachstum in Russland entscheidend bestimmen. Auf die Frage aus dem Kreis der Teilnehmer, ob der Transformationsprozess in Russland denn überhaupt existent sei oder vielleicht nur vom guten Preis für Erdöl überdeckt würde, antwortete der Referent mit der These, dass ohne die Gewinne aus diesem Geschäft überhaupt nicht in die Wirtschaft und die Entwicklung des Landes investiert werden könne und damit der Transformationsprozess der russischen Wirtschaft in der Tat ganz entscheidend von einer bestmöglichen Verwertung dieser Ressourcen abhängt.

Nach dem Vortrag von Waldemar Lind gingen wir zu Fuß zurück in das Hotel, um dann, ebenfalls zu Fuß, ein Juwel des historischen Chemnitz´ aufzusuchen, das Restaurant "Zur Ausspanne". Unterhalb des Schloßberges gelegen, konnten wir in uriger Atmosphäre in diesem historischen Fachwerkgemäuer deftige sächsische Schweinshaxen essen. Dafür, dass sich alle noch näher gekommen sind, sorgte auch das beträchtliche Gefälle des Raumes, das allerdings nur anfangs im nüchternen Zustand auffiel.

Standortentwicklung Anlagenbau in Chemnitz - Hintergründe und Erfahrungen Herr Kühfluck der Hörmann-Rawema GmbH, Chemnitz

Nach einem Spaziergang vom Hotel zum Verwaltungsgebäude der Hörmann-Rawema GmbH konnten wir einen sehr interessanten Vortrag des auch in Russlandfragen sehr versierten Mitarbeiters der Hörmann-Rawema GmbH, Herrn Kühflucks, hören.

Herr Kühfluck ist zunächst auf die historischen Hintergründe und die lange Tradition der Stadt Chemnitz und der Region im Auto-

mobilmobilbau eingegangen. So war bereits die Firma DKW in Chemnitz angesiedelt und die Firma Horch im benachbarten Zwickau. Interessant am Rande der Hinweis des Referenten, dass nach der Übersiedlung der Firma Horch aus Zwickau in den Westen aus politischen Gründen der Name Horch nicht mehr beibehalten wurde und durch Übersetzung in das Lateinische der Name Audi geschaffen wurde.

Der Name Rawema stammt aus DDR-Zeiten und ist die Abkürzung für "Rationalisierung des Werkzeugmaschinenbaus", hat sich mit der neuen Mutterfirma Hörmann bis heute erhalten. Bei der Hörmann-Rawema GmbH handelt es sich um ein Engineering- und Anlagenbauunternehmen, das unter anderem als Zulieferbetrieb bzw. Partner der Automobilindustrie im In- und Ausland tätig ist. Es wird dort Design ebenso entwickelt wie Kleinserien, Zubehörteile für Fahrzeuge und Anlagen für die Industrie. Die großen Automobilunternehmen fertigen, so Herr Kühfluck, ihre Fahrzeuge kaum noch selbst sondern geben immer mehr Kompetenzen an Zulieferunternehmen ab. In diesem Schnittstellenbereich bewegt sich die Firma Hörmann-Rawema GmbH und viele andere Zulieferunternehmen etc., die sich in einem Verbund "Kompetenzzentrum Maschinenbau Chemnitz KMC" zusammengeschlossen haben und kooperieren.

Da immer mehr Kompetenzen der Autounternehmen ausgelagert werden und ein Auto, überspitzt gesagt, nicht mehr beispielsweise von VW stammt sondern lediglich von VW aus den verschiedensten Teilen verschiedener Hersteller, die auch für andere Autounternehmen produzieren, zusammengesetzt wird, ergeben sich neue Anforderungen. Ein Hauptthema ist hierbei die Logistik. Auch die Breite an Erzeugnissen (Produktpalette) wächst. Das Ziel ist eine umfassende Kooperation mit mehreren Partnern, damit immer mehr eingekauft als selbst produziert werden kann. In diesem Zusammenhang bietet die Hörmann-Rawema GmbH ihre Dienstleistungen an. Sie bietet Dienstleistungen als Generalunternehmer für Planung und Realisierung, Verantwortung für Qualität, Termine und Kosten im Gesamtprojekt an, also Projektierungsleistungen und Anlagenbau angebotenen.

Diese eher abstrakten Beschreibungen von Tätigkeitsfeldern verstand Herr Kühfluck mit Beispielen zu vitalisieren. Für die Konferenzteilnehmer besonders interessant waren viele Beispiele, die der Referent aus Russland anführte. Auf Bildern im Vortragsraum konnten ferner konkrete Design-Studien beispielsweise zu BMW-Motorrädern bewundert werden oder ein einfach aussehender Motorradkoffer, von dem Herr Kühfluck jedoch zu berichten wusste, wie kompliziert Design, Entwicklung und Fertigung bei den hohen Qualitätsanforderungen der Automobilindustrie sind.

Mit diesem interessanten Vortrag konnte sicher vielen Teilnehmern eine konkrete Vorstellung bereitete werden, was Anlagenbau und Engineering bedeuten. Auch wenn Herr Kühfluck verstand, die Hörmann-Rawema GmbH als sehr kompetentes Unternehmen zu präsentieren, machte er doch auch auf die enorme Konkurrenz aufmerksam. Von zu DDR-Zeiten vormals 800 Mitarbeitern arbeiten jetzt rund 160 in der Hörmann-Rawema GmbH. Durch eine Ausweitung der Branchen erhofft sich die Gesellschaft eine bessere Auslastung der Ressourcen und Wachstum. Beispielsweise ist eine Ausweitung der Tätigkeit auch auf den Bereich der Schienenfahrzeugindustrie, dem starkes Wachstumspotential zugeschrieben wird, beabsichtigt.

Abgerundet wurde der sehr interessante Vortrag durch einen Besuch der neu errichteten Werkshalle für die Prototypen- und Modellfertigung. Wir konnten eine hochmoderne Laserschneide-Maschine besichtigen, mit der aus Papierklebefolien Modelle für bestimmte Prototypen geschnitten werden. In der Halle war auch ein in die Serienfertigung gegangenes Design-Produkt der Hörmann-Rawema GmbH, ein "überdachtes" Kleinmotorrad der Firma BMW, vorzufinden, für das die Hörmann-Rawema GmbH nicht nur das Design entwickelt hat sondern auch die Dachpartie. Beim anschließenden

Stadtrundgang

führte uns die sehr kompetente Führerin auf vielfachen Wunsch nicht vorrangig durch die weitgehend zerstörte Altstadt, von der wir schon durch den Vortrag des Oberbürgermeisters und anschließenden Turmbesuch mit

Erläuterungen des Türmers einen Eindruck hatten, sondern vor allem auch über den Kassberg. Es handelt sich um ein etwas erhöht gelegenes Gründerzeitviertel mit sehr vielen Jugendstilhäusern, das erneut deutlich gemacht hat, wie attraktiv man in Chemnitz stadtnah wohnen kann.

Die Stadtführung endete in der Nähe des Restaurants L'Alsace, das mit für das Elsass eher untypischen Schnitzelwochen aufwartete, uns gleichwohl nach dem herbstlich nasskalten Stadtpaziergang angenehm zu bewirten wußte.

True and fair view – Bilanzwahrheit vs. Bilanzskandale Eckart Vogler, West LB, Düsseldorf

In den Tagungsräumen der IHK Chemnitz ging es dann mit einem weiteren Vortrag aus den eigenen Reihen weiter. Eckart Vogler stellte zunächst einmal klar, dass es sich im eigentlichen Sinne des Wortes nicht um Bilanz-, sondern um Jahresabschlussskandale der Kapitalgesellschaften handele. Der Jahresabschluss selbst besteht aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung, einem Anhang und dem Lagebericht. Die Grundlagen des Jahresabschlusses liegen im Handelsrecht des 19. Jh. entstehend durch die Trennung von Geldgebern und Geschäft. Der Jahresabschluss hat eine Informationsfunktion, eine Ausschüttungsbemessungsfunktion und dient der Kompetenzabgrenzung zwischen Eignern und Managern.

Der Begriff „True and fair view“ entstammt der EU-Bilanzrichtlinie. Es handelt sich hierbei um eine Generalnorm, die sicherstellen soll, dass jegliche Information des Jahresabschlussberichts den Tatsachen der vernünftigen Schätzung entspricht sowie den Bedürfnissen der Kapitalgeberrechnung trägt und Transparenz und Vertrauen geschaffen wird. Diese Generalnorm überlagert alle Einzelrechnungsnormen. Dieses Prinzip bezeichnet man als „Overriding principle“.

Aber was ist eine angemessene wahre und faire Darstellung der Finanzsituation eines Unternehmens? Als Beispiel wurde die Firma Daimler-Benz genannt, die 1993 erstmals nach deutschem HGB und nach amerikanischem US-GAAP bilanziert hat. Die Zahlen waren völlig unterschiedlich, was vor

allem auf die Hauptunterschiede der beiden Systeme zurückzuführen ist. So ist im deutschen Recht der Gesetzgeber die entscheidende Instanz, während in den USA die Wirtschaftsprüfer viel größere Autorität besitzen. Weiter sind in Deutschland das enge Verhältnis zur Steuerbilanz und das Vorsichtsprinzip anzuführen, während in den USA das sog. Matching principle ausschlaggebend ist.

Im weiteren Verlauf des Referats wurde anhand von Fallbeispielen aufgezeigt, wie es möglich ist, Jahresabschlüsse zu manipulieren. So ist es durchaus möglich einen Betrieb „reich“ zu rechnen, z.B. durch progressive Aktivierung von Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes, durch die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen, durch die Aktivierung von Verwaltungskosten, durch lineare Abschreibungen, durch „Sale-and-lease-back“ Zuschreibungen, durch die Nennung von verwirrenden Kennzahlen u.v.m.

Bekannte Bilanzskandale in den USA waren in den letzten Jahren bei der Pharma Firma Merck & Co., die Rezeptgebühren als Umsatz verbucht hat. Oder die Firma Xerox, die Leasing Einnahmen späterer Jahre als Umsatz verbucht hat. Bekannt ist hier natürlich vor allem der spektakuläre Fall von Bilanzfälschung bei Enron, der weitreichende Folgen in den USA hatte. Nicht nur, dass das Misstrauen insgesamt gestiegen ist, ganz konkret müssen nun in den USA Vorstände vereidigt werden und die Wirtschaftsprüfung und das Beratungsgeschäft müssen strikt getrennt sein.

In Deutschland hat vor allem der Skandal um die Berliner Bankgesellschaft für Aufsehen gesorgt, wo im Jahresabschluss Mietgarantien eingerechnet wurden, die später nicht eingehalten werden konnten. Trotz eines Gegengutachtens wurden die Risiken bei der Wirtschaftsprüfung einfach unter den Tisch fallen gelassen. Das führte zu einer Landesbürgschaft des Landes Berlin von 21,6 Mrd. DM. Weitere bekannte Fälle von Bilanzfälschung bei Flow Tex und Balsam führten auch in Deutschland zu härteren Kontrollmaßnahmen. So soll es eine verstärkte Kontrolle der Wirtschaftsprüfer geben, die Kontrollfunktion der Aufsichtsräte wird verstärkt und es sollen sog. Audit Comittes für Unternehmen entstehen.

Es konnten hier nur einige der zahlreichen Beispiele genannt werden, die Eckart Vogler uns in - für das schwierige Thema - sehr verständlicher Weise nahe gebracht hat, mehr Details können aber gerne beim Referenten nachgefragt werden.

Das BMWi - Partner für den Weg nach Osten

Wolfgang Stopper, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin

Ein weiterer interessanter Vortrag aus eigenen Reihen wurde von dem Mitglied des Clubs FORUM und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und nunmehr auch Arbeit, BMWA, Wolfgang Stopper zum Thema Partner für den Weg nach Osten gehalten.

Wolfgang Stopper ist Mitarbeiter in der Abteilung V Außenwirtschaft. Er stellte zunächst die Organisation des Ministeriums dar. Auf der Leitungsebene steht der Minister, darunter die Staatssekretäre, darunter die einzelnen Abteilungen. Wolfgang Stopper machte zunächst anhand einiger Zahlen die Bedeutung des Auslandsgeschäfts Deutschlands deutlich. So ist Deutschland der zweitgrößte Exporteur der Welt nach den USA. Die wichtigsten Partner sind Frankreich, die USA und andere Länder, erst weit dahinter Russland.

Der Referent stellte die Ziele der deutschen Außenwirtschaftspolitik dar. Hierzu gehört das Schaffen der Rahmenbedingungen, die Außenwirtschaftsförderung etc. Im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung kommt es zu staatlichen Finanzierungshilfen wie z. B. mit dem allseits bekannten Hermes-Ausfuhrleistungsgewährleistungen. Ferner bietet das Ministerium Informationen, Beratung und Delegationsreisen an. Es unterstützt Außenhandelskammer, Delegiertenbüros und die Industrie- und Handelszentren, unter anderem in Moskau.

Interessant sind einige Zahlen, beispielsweise, dass durch die Hermes-Ausfuhrleistungsgewährleistungen nach einem Prognos-Gutachten 140.000 bis 162.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Begleitet werden vom Ministerium auch Investitionsförderungs- und Schutzverträge. Zu diesem Punkt konnten Teilnehmer der Konferenz die Bedeutung von

Rahmenbedingungen für Geschäftsbeziehungen in der Diskussion ansprechen. Beispielsweise wurde die Frage der Vollstreckbarkeit russischer Gerichtsurteile in Deutschland und deutscher Gerichtsurteile in Russland, die derzeit nicht gegeben ist, problematisiert. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang, dass immerhin durch internationale Übereinkommen die Vereinbarung eines Schiedsgerichtes zur Umgehung der staatlichen Justiz möglich ist und dass Urteile von dort auch international anerkannt werden.

Angesprochen wurden noch die Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland und die vom BMWA unterstützten Russlandmes- sen. Zur Sprache kamen auch Fragen über die Kompetenzabgrenzung zu den anderen Ministerien und den Ländern.

Wolfgang Stopper konnte mit seinem Referat einen guten Einblick in die Tätigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Bereich der Auslands- und speziell Ostförderung geben. Als interessante Zahl zum Abschluss sei angeführt, dass das Russlandreferat beim BMWA aus 6 Mitarbeitern besteht und somit auch eine Größenordnung über den personellen Aufwand deutlich wird, mit dem die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland vom Ministerium begleitet werden.

In der Nähe des Hotels fand dann ab 19.00 Uhr im Restaurant "Heck-Art" das

Abendessen

statt. Ein hervorragend gewählter, sehr gemütlicher Ort mit sehr eleganter, aber gleichwohl für Großstadtmenschen preiswerter Küche. An dieser Stelle soll ausdrücklich dem örtlichen Organisator Alexander Burow für die gesamte Organisation größter Dank gezollt werden. Dies fängt bei der Auswahl des beziehungsreichen Hotels und den Tagungsräumen an, geht über die externen Vorträge und endet bei den scheinbaren Kleinigkeiten, die eine Konferenz gelingen erscheinen lassen wie den Restaurants etc. Der Dank soll auch nicht Halt machen vor allen anderen, die sonst zum Gelingen beigetragen haben, wie den Organisatoren, insbesondere Annette Loske und Carmen Braun, aber auch den Referenten.

**Der Aufbau einer Franchisekette im
Frisörhandwerk in Ufa
Aigul Zainullina, Inhaberin einer
Frisörkette in Ufa**

In diesem sehr lebhaften und anschaulichen Vortrag aus eigenen Reihen hat das Neumitglied des Clubs FORUM Aigul Zainullina aus ihrem wirtschaftlichen Engagement im Frisörhandwerk berichtet. Nach einer Hochschulausbildung unter anderem in deutscher Philologie hat Aigul Zainullina 1997 mit ihrer Unternehmertätigkeit begonnen und 1998 ihren ersten, einer öffentlichen Banja angegliederten Frisörsalon eröffnet. Die Auswahl auf den Standort "Banja" fiel wegen des dortigen starken Publikumsverkehrs. Weitere Frisörsalons folgten 1999 und 2002. Aigul Zainullina selbst hat als Voraussetzung für die Eröffnung der Frisörsalons die handwerklichen Fähigkeiten zwar ebenfalls erlernt, sieht sich jedoch eher als Managerin. Sie nahm an diversen weiteren Ausbildungen unter anderem im Rahmen eines Praktikums der Carl-Duisberg Gesellschaft im Transform-Programm teil.

Kundschaft gibt es in Ufa genug. Aigul Zainullina hält sich entgegen dem Ratschlag von Bekannten weiterhin im mittleren Preissegment auf, obwohl sie einen in Ufa weitgehend unbekanntem Service anbietet. Neben dem sogenannten "Euro-Remont", also einer Renovierung der Räume nach westlichen Standards, bemüht sich Aigul Zainullina, in Russland unbekanntem Service wie beispielsweise das Begrüßen von Kunden und Begleiten zum Platz anzubieten. Als abschreckendes Beispiel führte sie den Frisör an, der den hereingekommenen Kunden, der unschlüssig dasteht, anschnauzt mit den Worten, warum er dastehe, ob er denn nicht sehe, dass ein Sessel frei sei. Dies macht deutlich auch über das Fachliche hinaus deutlich, dass es ein großes Problem ist, gute Frisöre zu finden. Die bei ihr angestellten Frisöre sind ausschließlich Frauen. Eine an den westlichen Maßstäben vergleichbare Ausbildung gibt es nicht. Dadurch sind selbst in teureren Salons kaum bessere Frisöre zu finden als in den einfachen. Im Rahmen ihres Deutschlandaufenthalts konnte Aigul Zainullina mit Herrn Klinck, Inhaber der deutschen Frisörkette "Klinck - Der Frisör" Bekanntschaft schließen. Aus dieser Bekanntschaft resultieren gemeinsame geplante Projekte, etwa

die Gründung einer Schule für das Frisörhandwerk oder einer Franchise-Frisörkette in Ufa. Aigul Zainullina ist beispielsweise überzeugt, dass der Name "Klinck - Der Frisör" in Ufa viele Kunden anlocken würde, weil alles Deutsche in der Einschätzung vieler Bewohner Ufas für hervorragende Qualität stehe.

Aigul Zainullina referierte über die schwierigen Rahmenbedingungen. Da es nicht üblich ist, die tatsächlichen Regelungen auch in schriftlichen Verträgen festzuhalten und dann gegebenenfalls vor Gericht zu prozessieren, ist sie beispielsweise mit Vermietern vielfach auf ein faires Behandeln angewiesen. So berichtete sie beispielsweise, dass trotz einer eigentlich länger vereinbarten Mietzeit der Vermieter ihr plötzlich gekündigt hat. Große Investitionen in die Renovierung etc. waren damit verloren und sie gezwungen, neue Räume zu finden. Problematisch ist auch die Finanzierung. Aigul Zainullina kam zupass, dass sie im Rahmen des Young-Leader-Seminars des Deutsch-Russischen Forums in Ufa als Wirtschaftsvertreterin geladen war und im Anschluss auch von Seiten der Regierung Unterstützung bekam. Ansonsten berichtete sie von den üblichen Problemen mit den Behörden bzw. der Verwaltung, beispielsweise, wenn willkürlich kaum zu erfüllende bauliche Anforderungen gestellt werden, etwa, wenn die Behördenmitarbeiter willkürlich sagen, dass der Wartebereich für so und so viele Frisörplätze nicht ausreichend groß ist oder die Beleuchtung einen Strich unter der Norm sei. Hier sind mitunter Bestechungsgelder beispielsweise in der Größenordnung von 1.000 € zu zahlen.

Von der Mafia ist Aigul Zainullina bislang weitgehend verschont geblieben. Zwar sind mehrfach Leute an sie herangetreten, die sie zu bewegen versucht haben, für ihren Schutz etwas zu zahlen, bislang hat sie jedoch erfolgreich (-naiv?) darauf beharrt, deutlich zu machen, ihre Geschäfte aus eigenen Mitteln und auf Grund eigener Bildung geschaffen zu haben und insofern auch nicht bereit zu sein, anderen etwas abzugeben.

Dieser sehr interessante und lebhaft Vortrag hat anschaulich am Beispiel einer Kleinunternehmerin die Probleme selbstständiger unternehmerischer Tätigkeit in Russland bzw.

Baschkortostan deutlich gemacht. Der Referentin bleibt viel Durchsetzungsvermögen und Erfolg auch für die Zukunft zu wünschen.

“Faustkampf und Frieden. Metamorphosen eines Vortragsthemas oder die Zielsetzung der Deutschen Stiftung Friedensforschung“

Thomas Held, Deutsche Stiftung Friedensforschung

Nachdem Thomas Held bereits bei einem der letzten Treffen des Clubs über die Geschichte der ritualisierten Faustkämpfe in Russland referierte und damit eine sehr lebendige Diskussion in den Reihen des Clubs FORUM über Männlichkeitsrituale und die Rolle von Triebabfuhr durch Faustkämpfe zur Stärkung der Solidargemeinschaft auslöste, konnte er diesmal die Geschichte sozusagen „fortschreiben“. Forschungen zu diesem und anderen Themen haben mittlerweile ein Zuhause in der, im Oktober 2000 gegründeten, Deutschen Stiftung Friedensforschung, mit Sitz in Osnabrück, gefunden.

Es handelt sich hierbei um eine Stiftung öffentlichen Rechts, die über ein Stiftungskapital von 25,5 Mio.€ verfügt. Dass dieses Kapital für die vielfältigen Aufgaben der Stiftung nicht ausreicht, machte der Referent im Laufe seines Vortrags sehr deutlich.

Um die Gründungsgeschichte der Stiftung zu erläutern, wurde zuerst einmal ein kurzer Rückblick in die Geschichte der Friedensforschung gegeben. Vor dem Hintergrund der Gefahr der Massenvernichtung durch Massenvernichtungswaffen entstand eine Friedensbewegung zuerst im Bereich der Naturwissenschaften. Nach 1968 nahmen sich die Sozialwissenschaften des Themas verstärkt an und 1972 gipfelte dies in der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedensforschung. Wegen erheblicher finanzieller Probleme brach die Gesellschaft allerdings 1982 bereits wieder auseinander. Die Friedensforschung führte ab diesem Zeitpunkt lediglich ein Schattendasein an den Universitäten. Nach dem Regierungswechsel 1998 und der Novellierung des Stiftungsrechts war aber der Weg bereitet für die Neugründung einer Deutschen Stiftung Friedensforschung. Die Stifterin ist hierbei das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Aufgrund der Bedeutung Osnabrücks als Friedenskulturstadt

und seiner Rolle als Sitz zahlreicher Stiftungen wurde die Stadt des westfälischen Friedens Sitz der Stiftung.

Die Organe der Stiftung bestehen aus dem geschäftsführenden Vorstand an der Spitze mit 3 Mitgliedern, danach dem Stiftungsrat, bestehend aus 15 Mitgliedern, davon 3 Bundestagsabgeordnete, 4 Regierungsmitglieder und 8 Wissenschaftler. Der Stiftungsrat wird von einem wissenschaftlichen Beirat beraten. Die Antragsteller aus Wissenschaft und Forschung wenden sich direkt an die Geschäftsstelle in Osnabrück mit seinem Geschäftsführer Thomas Held und seinen Mitarbeiter/innen. Die Geschäftsstelle selbst wendet sich sowohl an die Öffentlichkeit als auch die Politik und ist selbstverständlich im Stiftungsrat vertreten.

Gemäß dem Zweck der Stiftung, die Friedensforschung dauerhaft zu stärken, werden sowohl Forschungsprojekte im Bereich der Projektförderung, als auch Nachwuchsförderung, vor allem durch die Unterstützung von Promotionen und Masterstudiengängen, gefördert. Die Projektförderung sollte auf jeden Fall im wissenschaftlichen Bereich angesiedelt sein. Das große Ziel der Stiftung liegt im Aufbau von Strukturen in der Friedensforschung, die Netzwerkbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist hier ein wichtiger Bereich. Vor allem soll eine bessere Strukturierung des Forschungsbereiches durch den Aufbau eines Master Studienganges in Deutschland realisiert werden.

Förderschwerpunkte der Stiftung liegen in den Bereichen

- europäische Friedensordnung
- Demokratie und Frieden
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
- Krisen und Konfliktprävention
- genderspezifische Fragen
- Friedenspädagogik

Als Beispiele für Forschungsthemen nannte Thomas Held im Bereich Konfliktprävention Untersuchungen zu Themen wie ziviler Friedensdienst, multiethnische Polizeieinsatzkräfte, der Legitimation von NGOs usw. Es werden auch Projekte zur Untersuchung verschiedener Waffensysteme gefördert, es gibt eine Reihe von Forschungsprojekten, die Konflikttransformation durch den Einfluss der

Medien untersuchen sowie Arbeiten und Projekte, die sich mit den verschiedenen Facetten des Völkerrechts auseinandersetzen, also mit Fragen wie der Souveränität von Staaten oder dem Verhältnis von Terrorismus und Bürgerrechten.

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung versteht sich als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. So werden nicht nur Abgeordnete beraten, sondern es besteht auch eine Gesprächsrunde mit dem Bundespräsidenten. Der Transfer der Forschungsergebnisse wird durch internationale Organisationen, die Medien und Multiplikatoren gewährleistet.

Besonderen Wert legt die Stiftung auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch einen postgraduierten Studiengang, eine strukturierte Promotionsförderung, eine Stiftungsprofessur, die Exzellenzförderung sowie die vorher schon erwähnte Einrichtung eines sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengangs.

Auf die Frage aus dem Kreis der Teilnehmer, warum die Stiftung sich nicht nach der Konfliktforschung, sondern der Friedensforschung benannt habe, erklärte Thomas Held noch einmal den normativen Anspruch der Stiftung. Es gehe nicht um eine beliebige Konfliktlösung, sondern um den Anspruch in jedem Fall eine friedliche Lösung von Konflikten - möglichst durch Prävention - herbeizuführen. Es gehe der Stiftung nicht um eine Beratung von Politikern, sondern um Grundlagenforschung vor dem Hintergrund des beschriebenen normativen Ansatzes.

Chemnitz - Sportlerschmiede Deutschlands als Olympiastandort 2012?!

Mirko Pansa, Pro Olympia Chemnitz e.V.

In diesem Vortrag wurden uns die Sportstätten Chemnitz' im Zusammenhang mit der Olympia-Bewerbung 2012 näher gebracht. Nach einer Fahrt mit Taxis zu den etwas außerhalb gelegenen Sportstätten hat uns Mirko Pansa, Referent des Vereins Pro Olympia Chemnitz e.V., die Olympia-Bewerbung erläutert. Es gibt zunächst nationale Bewerberstädte. Das nationale Bewerbungsverfahren wird bis zum 12. April 2003 laufen. Beworben haben sich 5 Regionen: Leipzig, Stuttgart, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt

am Main. Diejenige Stadt, die vom Nationalen Olympischen Komitee die nationale Bewerbung gewinnt, wird sich auch international bewerben. Die deutschen Bewerberstädte haben sich geeinigt, für den Fall, dass keine deutsche Stadt in der internationalen Auswahl den Zuschlag für 2012 erhält, erneut für 2016 zu kandidieren.

Chemnitz hat sich der Bewerbung der Region Leipzig angeschlossen. Die Feinabstimmung, welche Sportstätten in welchen Städten für den Fall des Zuschlags entstehen sollen, müsste noch stattfinden. Zur Bewerberstadt Leipzig gehören die Städte Dresden, Halle, Riesa und Chemnitz. Für den Standort Chemnitz sind nach der derzeitigen Abstimmung die Disziplinen Fußball, Radsport und Tischtennis vorgesehen.

Zur Verschaffung eines besseren Überblicks haben wir einen Rundgang über die Sportstätten unternommen. Zunächst konnten wir die Leichtathletik-Mehrzweckhalle, eine reine Trainingshalle, besichtigen, sodann das Hauptstadion, das sich in einem sehr einfachen Zustand befindet. Interessant die mit starken Kurvenneigungen ausgestattete Radrennbahn, die als großes Manko jedoch nicht überdacht ist, so dass bei Regenwetter, wie es in Chemnitz häufiger auftreten soll, nicht trainiert werden kann. Das Stadion und die Radrennbahn machten einen stark renovierungsbedürftigen Eindruck, so dass der vorgesehene Neubau für den Fall des Zuschlags für die Olympischen Spiele sicherlich sehr hilfreich wäre.

In einer abschließenden Präsentation des Olympia-Konzepts nach dem Rundgang und einer Diskussion konnten Probleme angesprochen werden. So tauchte die Frage auf, ob eine Stadt wie Chemnitz mit auf viele tausend Zuschauer ausgerichteten Sportstätten auch nach den Spielen mit den gewaltigen Investitionen etwas anfangen kann. Herr Pansa konnte durchaus überzeugend anführen, dass für einen Teil der Sportstätten bereits vorab ein Rückbau der Zuschauerkapazitäten geplant sei, im Übrigen die Schaffung von Sportstätten Voraussetzung für die das beabsichtigte Etablieren von Chemnitz als Sportzentrum in bestimmten Bereichen ist.

In dem offiziellen Präsentationsvideo mit vir-

tuellen Flügen über Leipzig und Chemnitz konnte man einen Eindruck über die beabsichtigten Vorhaben gewinnen. Auch wenn Mirko Pansa immer wieder verdeutlichte, dass für eine passende Nachnutzung geplant werde, stehen bei der in anderen Referaten zur Sprache gekommenen Wohnungssituation sicherlich Fragezeichen vor der Sinnhaftigkeit des Neubaus von Unterkünften für die Sportler, die dann später dem - ohnehin übersättigten - Wohnungsmarkt als Nachnutzung zugeführt werden könnten.

Unter den Teilnehmern begrüßt wurde die Bewerbung der Region Leipzig vor allem unter dem Gesichtspunkt des "Aufbaus Ost". Wenn schon so gewaltige Investitionen, dann sollten diese einer Bewerberregion in den neuen Bundesländern zugute kommen. In diesem Sinne bleibt der Bewerbung der Region Leipzig viel Erfolg zu wünschen.

Nach der

Mitgliederversammlung

ging es zu einem kulturellem Highlight Chemnitz', der

Ausstellung Picasso und seine Frauen

in den Kunstsammlungen Chemnitz, die die Teilnehmer davon überzeugen konnte, dass sich Chemnitz zwar geographisch etwas abseits befindet, nicht jedoch auf kulturellem Gebiet.

Nach dem Besuch der Ausstellung und einer kurzen Verschnaufpause im Hotel wartete der Bus, der die Teilnehmer zur Wetzelmühle, einem romantisch gewählten Ort für den

Abschlussabend

brachte. Zunächst nur mit Getränken und Chips ausgestattet, erfreute uns das dann eröffnete Buffet mit frischer Haxe und anderen sächsischen Köstlichkeiten als Grundlage für manchen Wodka und manche Tänze, unter anderem zu zum Teil historischen, ortstypischen Musikruppen, die die DJ-Crew hervorzuzaubern vermochte, unterbrochen nur von den künstlerischen Darbietungen von Walde- mar Lind, angefangen mit Bulat Okudzhava. Schade, aber irgendwann musste auch dieser Abend und diese Konferenz zu Ende gehen, und am nächsten Morgen fand die Abreise statt. Kaum Teilnehmer, denen diese Konfer-

enz nicht nur Chemnitz näher gebracht hat, sondern auch insgesamt als sehr gelungen in Erinnerung bleiben wird.

Berichte von Fenja Wittneven und Florian Roloff